

STUDIEN ZUR DEUTSCHLANDFRAGE

BAND 7

Die Deutschlandfrage und
die Anfänge des Ost-West-Konflikts
1945–1949



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

**Die Deutschlandfrage und die Anfänge
des Ost-West-Konflikts 1945-1949**

STUDIEN ZUR DEUTSCHLANDFRAGE

Herausgegeben vom Göttinger Arbeitskreis

BAND 7



**Die Deutschlandfrage und
die Anfänge des Ost-West-Konflikts
1945–1949**

Mit Beiträgen von

**Alexander Fischer · Josef Foschepoth
Renata Fritsch-Bournazel · Detlef Junker
Werner Link · Manfred Overesch**



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

**Die in dieser Reihe veröffentlichten Beiträge geben
ausschließlich die Ansichten der Verfasser wieder.**

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

**Die Deutschlandfrage und die Anfänge des
Ost-West-Konfliktes 1945—1949:**

[d. Beitr. dieses Bd. fassen auf Vorträgen, d. auf
d. wiss. Jahrestagung d. Göttinger Arbeitskreises
am 28. u. 29. April 1983 in Mainz gehalten wurden] /
mit Beitr. von Alexander Fischer ... -
Berlin: Duncker und Humblot, 1984.

(Veröffentlichung / Der Göttinger Arbeitskreis; Nr. 434)

(Studien zur Deutschlandfrage; Bd. 7)

ISBN 3-428-05613-2

NE: Fischer, Alexander [Mitverf.];

Göttinger Arbeitskreis: Veröffentlichung; 2. GT

Der Göttinger Arbeitskreis: Veröffentlichung Nr. 434

Alle Rechte vorbehalten

© 1984 Duncker & Humblot, Berlin 41

Gedruckt 1984 bei Buchdruckerei A. Sayffaerth - E. L. Krohn, Berlin 61

Printed in Germany

ISBN 3-428-05613-2

INHALT

| | |
|--|----|
| Die amerikanische Deutschlandpolitik 1945—1949 | |
| Von Prof. Dr. <i>Werner Link</i> , Universität Trier | 7 |
| Die „revisionistische“ Schule in der amerikanischen Historiographie und die Anfänge des Ost-West-Konflikts | |
| Von Prof. Dr. <i>Detlef Junker</i> , Universität Heidelberg | 25 |
| Die Sowjetunion und die „deutsche Frage“ 1945—1949 | |
| Von Prof. Dr. <i>Alexander Fischer</i> , Universität Frankfurt/Main | 41 |
| Großbritannien und die Deutschlandfrage auf den Außenministerkonferenzen 1946/47 | |
| Von Dr. <i>Josef Foschepoth</i> , German Historical Institute, London | 59 |
| Frankreich und die „deutsche Frage“ 1945—1949 | |
| Von Dr. <i>Renata Fritsch-Bournazel</i> , Fondation Nationale des Sciences Politiques, Paris | 85 |
| Westdeutsche Konzeptionen zur Lösung der deutschen Frage 1945—1949 | |
| Von Prof. Dr. <i>Manfred Overesch</i> , Hochschule Hildesheim | 97 |

Die Beiträge dieses Bandes fußen auf Vorträgen, die auf der Wissenschaftlichen Jahrestagung des Göttinger Arbeitskreises am 28. und 29. April 1983 in Mainz gehalten wurden.

DIE AMERIKANISCHE DEUTSCHLANDPOLITIK 1945—1949

Von Werner Link

Die amerikanische Deutschlandpolitik in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg war für den Zeitgenossen (für den deutschen zumal) eine Abfolge von Dissonanzen und verwirrenden Clustern, orchestriert im diffusen amerikanischen Politikprozeß — mit dem Neben- und Gegeneinander der verschiedenen Regierungsstellen sowie des Kongresses und seiner Ausschüsse in Washington und der amerikanischen Militärregierung in Deutschland. Sie war eine vielstimmige Politik, aus der schrill Emotionen klangen, die der totale Krieg und die unmittelbare Konfrontation mit der Inhumanität des Dritten Reiches ausgelöst hatten. Eine Politik, die nach dem Fehlschlag sowohl des Versailler Friedensvertrages als auch des „economic peace“ von 1924 und nach dem zweiten deutschen „Griff nach der Weltmacht“ das „*ceterum censeo Germaniam esse delendam*“ zu vertonen schien. Eine Politik, die dann im Zuge des Kalten Krieges allmählich durch die Änderung des Vorzeichens transponiert wurde, wodurch ein Zugleich von alten Dissonanzen und neuen Konsonanzen entstand, was zunächst nicht weniger verwirrend klang — bis sich der Akkord der Eindämmungspolitik durchsetzte, in den die deutsche Stimme, gedämpft und geteilt, eingefügt wurde¹.

Es ist — um noch für einen Moment die musikalische Analogie beizubehalten — nicht meine Absicht, die Partitur dieses verwirrenden Tongemäldes aufzuzeichnen. Vielmehr sei gefragt: Gab es in dieser Kakophonie nicht doch (allen Mißklängen zum Trotz) so etwas wie einen *cantus firmus* oder ein Leitmotiv, das zumindest im nachhinein (gewissermaßen beim nochmaligen genaueren Hinhören) zu erkennen ist? Meine Antwort lautet: ja, und zwar ist das Leitmotiv in dem zentralen

¹ Einen Überblick über die Fülle der Literatur zu dieser Entwicklung bietet die Bibliographie, die Manfred Knapp in dem von ihm herausgegebenen Band „Die deutsch-amerikanischen Beziehungen nach 1945“ (Frankfurt und New York 1975) zusammengestellt hat (S. 225 ff.). Zur weiteren Diskussion vgl. das Referat von Günter Moltmann und mein Korreferat auf dem Mannheimer 31. Deutschen Historikertag am 24. 9. 1976, „Zielperspektiven der amerikanischen Deutschlandpolitik in der frühen Nachkriegszeit“ (veröffentlicht in: *Zeitgeschichte*, 5 (1977), S. 2—12). Siehe auch Werner Link: *Der Marshall-Plan und Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 50/80, 13. 12. 1980, S. 3—18.

sicherheitspolitischen Bereich zu erkennen. Es ist eine Variation jener „New American Doctrine“, die bereits nach dem Ersten Weltkrieg von Senator Knox formuliert worden ist² und seither für die amerikanischen Führungseliten bestimmend blieb: „Wenn eine Situation entstehen sollte, in der irgendeine Macht oder Mächtegruppierung direkt oder indirekt Freiheit und Frieden in Europa bedroht, würden die Vereinigten Staaten eine solche Situation mit großer Betroffenheit als Gefährdung ihrer eigenen Freiheit und des Friedens betrachten, und sie würden mit anderen betroffenen Mächten Konsultationen aufnehmen mit dem Ziel, konzertierte Aktionen zur Beseitigung einer solchen Gefahr zu unternehmen.“ Die Variationen dieses Themas in der amerikanischen Europa-Politik nach 1945 folgten den Änderungen im globalen internationalen System, die eine Änderung des amerikanischen Friedenssicherungskonzeptes bewirkten. Mit anderen Worten: Die amerikanische Deutschland- und Europa-Politik ist eine Funktion dieser Änderungen. Auf diese friedens- und sicherheitspolitische Problematik konzentriere ich meine Ausführungen.

Das amerikanische Konzept der Friedenssicherung war in den letzten Kriegsjahren und bei Kriegsende global und kooperativ-integrativ angelegt; das heißt (um ein geglücktes Begriffspaar von Alois Mertes³ zu gebrauchen): abwehrende Sicherheit gegenüber den Aggressorstaaten Deutschland und Japan, kooperative Sicherheit mit den anderen Großmächten und insgesamt mit den Vereinten Nationen. Es sollte ein „System der organisierten internationalen Zusammenarbeit zur Erhaltung des Friedens“ (Hull) errichtet werden, dessen essentieller Kern die gleichberechtigte Kooperation der Großmächte war. Die Drei- bzw. Viermächte-Kontrolle über Deutschland war eine der konkreten Anwendungen dieses Konzepts der gemeinsamen Friedenssicherung. Wie im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen galt auch hier das Prinzip der Einstimmigkeit (d. h. negativ ausgedrückt, das Vetorecht). Eine einvernehmliche Politik war die Voraussetzung für das Funktionieren dieses Konzepts. Roosevelt und Stalin hatten dies immer wieder hervorgehoben, und auch der neue amerikanische Präsident Truman unterstrich in seiner Juni-Botschaft an Churchill, „that without continued unity of the Big Three there could be no reasonable prospect of peace“⁴.

² Rede vom 18. 12. 1918, zitiert von Lloyd E. Ambrosius, *Wilson, the Republicans, and French Security after World War I*, in: *Journal of American History*, 59 (1972/73), S. 345.

³ Alois Mertes: *Friedenserhaltung — Friedensgestaltung*, in: *Europa-Archiv*, 38 (1983), S. 187 ff. Diese Unterscheidung entspricht dem von mir entwickelten Begriffspaar „integrative“ und „regressive“ Konfliktregulierung, siehe Werner Link: *Der Ost-West-Konflikt*, Stuttgart u. a. 1980.

⁴ Zit. bei Werner Link: *Das Konzept der friedlichen Kooperation und der Beginn des Kalten Kriegs*, Düsseldorf 1971, S. 36.

Aus diesem Grunde sprach sich die Administration Truman bei der Vorbereitung der Potsdamer Konferenz gegen das britische Konzept einer Westblockbildung und gegen eine Interessenssphärenpolitik in Ost und West aus — solange noch Hoffnung bestand, daß die UdSSR eine kooperative Politik betreiben würde⁵: „The need of the moment is to promote understanding between Great Britain and Russia on all matters in dispute. We should do all we can in this connection and direct our best efforts towards smoothing out the points of friction between the two, thereby fostering the tripartite collaboration so necessary to lasting peace.“

Der Kompromiß von Potsdam lag noch durchaus im Rahmen der kooperativen Politik (auch bezüglich der Reparationsfrage). Aus amerikanischer Sicht war die Einrichtung des Außenministerrats der Versuch, in der Deutschlandpolitik die Großmächtekooperation zu institutionalisieren, um damit eine regressive, abwehrende Sicherheitspolitik zwischen den Siegern zu verhindern⁶:

„Such a Council would tend to reduce the possibilities of unilateral action by either the Russians or the British and would serve as a useful *interim* means through which the United States could work for the liquidation of spheres of influence.“

In Anbetracht der tiefgehenden Interessen- und Werte-Antagonismen und angesichts der Tatsache, daß die UdSSR in Osteuropa bereits ihre Interessenssphärenpolitik praktizierte und in Persien und im Mittelmeerraum entsprechende Bestrebungen sichtbar wurden, ist es nicht erstaunlich, daß die Kooperation auch in Deutschland zerbrach. Erstaunlich ist vielmehr, daß sie dort solange ernsthaft versucht wurde. Die Erklärung dafür dürfte darin zu finden sein, daß beide Hauptkontrahenten des Ost-West-Konflikts solange wie nur irgend möglich wenigstens gegenüber demjenigen Staat die „antagonistische Kooperation“ fortsetzen wollten, der sie zustande gebracht hatte; daß beide Hauptmächte hofften, doch noch die Entscheidung über den Status des gemeinsamen Kriegsgegners gemeinsam treffen zu können oder doch wenigstens zu verhindern, daß der besiegte Gegner die Beute einer Seite würde. Das war der Sinn der Devise, die Byrnes in seiner Stuttgarter Rede vom September 1946 formulierte⁷: Deutschland sollte weder Schachfigur noch Partner im Machtkampf zwischen Ost und West werden. Ein Vier-

⁵ Briefing Book Paper, British Plan for a Western European Bloc, 28. 6. 1945, in: Foreign Relations of the United States (künftig zit. FR), Conference of Berlin, I, Doc. No. 224, S. 256—264 (hier S. 264).

⁶ Ebd., S. 263.

⁷ Rede vom 6. 9. 1946, abgedruckt in: B. J. Bernstein und Allen J. Matusow (eds.), The Truman Administration, New York u. a. 1968, S. 233—238 (hier S. 234).